

Bürgerliche Front gegen Unia-Initiative

Gegner der Lohndumping-Vorlage lancieren ihre Kampagne

Gewerbe und bürgerliche Parteien warnen vor Baustellen-Schliessungen, sollte die Lohndumping-Initiative der Unia angenommen werden. Der Start der Kampagne muss aber als Enttäuschung verbucht werden.

asü. · Der Abstimmungskampf um die Lohndumping-Initiative kommt vor den Winterferien in die heisse Phase - müsste man meinen. Doch um die wichtigste der vier kantonalen Vorlagen, über die am 28. Februar abgestimmt wird, ist es auffällig ruhig. Ein bemerkenswertes Beispiel dafür: Am Mittwoch hat das gegnerische Komitee im Hotel Schweizerhof in Zürich seine Kampagne gegen die Initiative lanciert, in der gefordert wird, dass der Kanton Arbeitsunterbrüche anordnen muss, wenn Kontrollorgane einen begründeten Verdacht auf Lohndumping melden. Gewerbe, Baumeisterverband, FDP, SVP, CVP, GLP: Alle stellten einen Redner. Das mediale Interesse war bescheiden - gerade einmal der Schreibende lauschte den Warnungen vor einer «Verluderung des Rechts» (SVP-Nationalrat Claudio Zanetti) oder vor der neuen Rolle der Unia als Lohnpolizei (Markus Hungerbühler, Geschäftsleiter des Baumeisterverbands Zürich-Schaffhausen). FDP-Präsident Beat Walti taxierte das mediale Desinteresse lakonisch: «Mit sechs zu eins haben wir heute für die NZZ ein Betreuungsverhältnis wie in der Sonderschule.»

Thomas Hess, Geschäftsleiter des kantonalen Gewerbeverbands, nahm den Ball auf, sprach von einer fast schon privaten Medienkonferenz und mahnte aber, dass es um eine ernste Sache gehe. Obwohl in der Schweiz kein Lohndruck spürbar sei, auch nicht bei tiefen Löhnen, greife die Unia in den Giftschränk und lege eine Initiative vor, die eine untaugliche Lösung sei für ein Problem, das nur in Einzelfällen vorkomme.

Für Hungerbühler vom Baumeisterverband geht es der Unia offensichtlich darum, ihre Strategie der konfliktiven Sozialpartnerschaft auf die Spitze zu treiben. Inakzeptabel sei, dass auf Verdacht hin Baustellen geschlossen werden sollen; in der Schweiz gelte die Unschuldsumkehr als totalitär, FDP-Präsident Walti sagte, die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für solch schwerwiegende Eingriffe in die Wirtschaftsfreiheit und Eigentumsgarantie seien nicht erfüllt. Vor Gericht würde die neue Regelung kaum standhalten, meinte er und fügte hinzu: «Auf dieses Experiment sollten wir aber besser verzichten.» Nicole Barandun, Präsidentin der kantonalen CVP und des Stadtzürcher Gewerbeverbands, strich heraus, dass Arbeitsunterbrüche in Betrieben auch Dritte betreffen würden. Für GLP-Präsident Thomas Maier reichen die heutigen Gesetze aus - es

gelte sie konsequent anzuwenden.

Anders bewertet die Vorlage ein Komitee mit etwas über 100 Arbeitgebern, das seine Argumente am Dienstag ausführte (NZZ 20. 1. 16). Die Unia selber hält sich bis jetzt auffallend zurück. Auf der Seite der Gegner geht deshalb das Bild von Moby Dick um. Irgendwo im Meer treibt der grosse Wal - und man fragt sich, wann er auftaucht.